openPetition DE

PETITION STARTEN | ERFOLGE | SERVICE | ÜBER UNS | HELFEN

Region: Brandenburg an der Havel

Verkehr

FAHRRADFREUNDLICHES BRANDENBURG – BESCHLÜSSE ENDLICH UMSETZEN!

VCD Brandenburg an der Havel

Petition richtet sich an

Rathaus

1.358 Unterstützende

1.180 in Brandenburg an der Havel

Sammlung beendet

Gestartet 08.12.2020 | Sammlung beendet | Einreichung am 27.01.2021

Unterlage Pressegepräch zur Petition am 21.01.2021, 15:30 Uhr
VCD Ortsgruppe Brandenburg Havel

Allgemeine Forderung

Mit dieser Petition fordern wir von der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten, trotz vieler Brückenbaustellen den **Fuß- und Radverkehr SOFORT stärker in den Fokus zu nehmen** und die Prioritäten im Verkehr nicht nur auf Autostraßen zu legen. Wir brauchen Fortschritte auf dem Weg zu einer lebenswerten Stadt für ALLE.

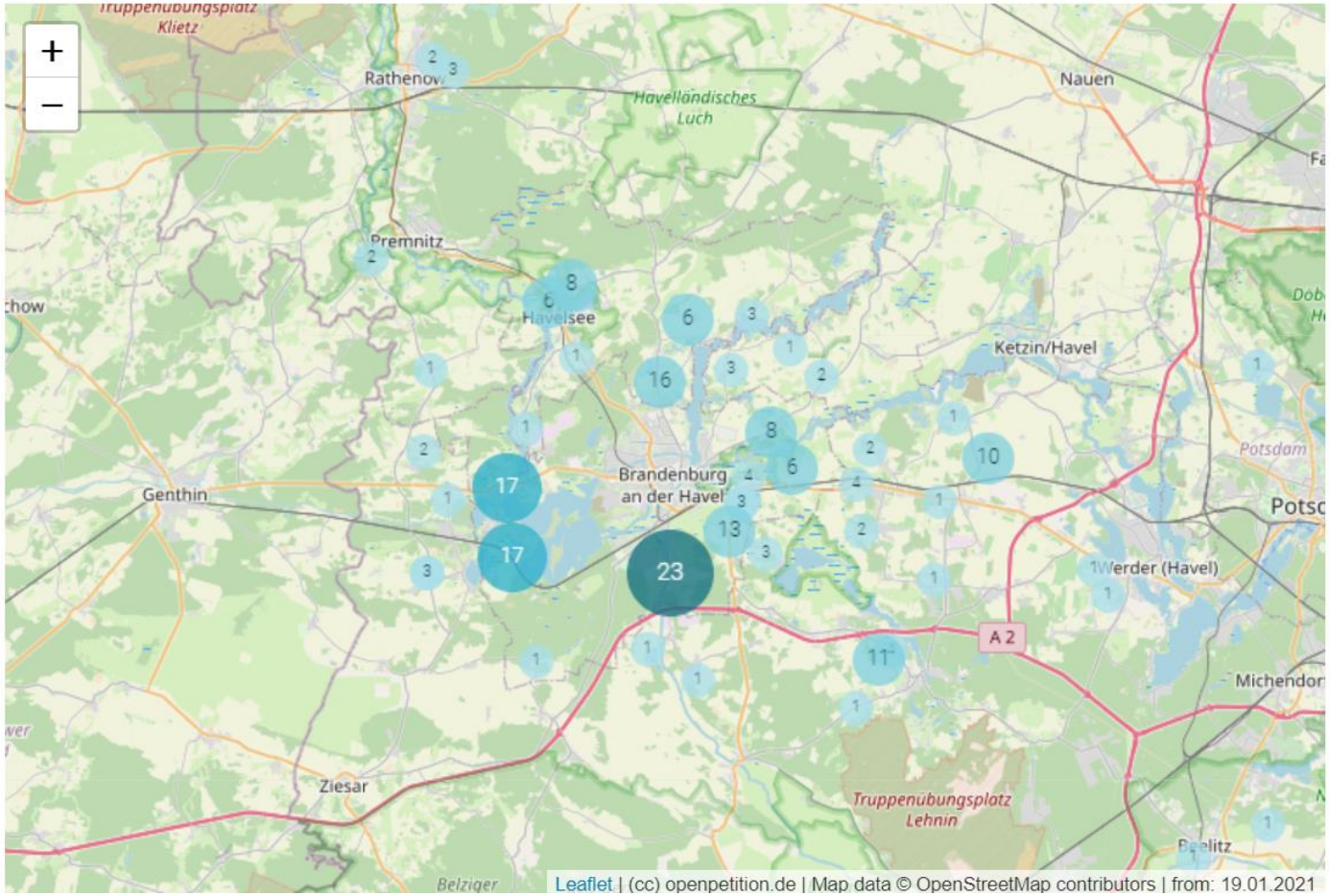
Konkrete Forderungen

Sofortige Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

- Reduzierung des Kfz-Durchgangsverkehrs in der historischen Innenstadt mit Anliegerverkehr frei (SVV-Beschluss 240/2019)
- Radrouten durch die Innenstadt auf holperfreien Radschutzstreifen (SVV-Beschluss 216/2009)
- Gefahrenstellen für Radfahrer*innen bei der Querung von Schienen im Stadtgebiet entschärfen bzw. beseitigen (SVV-Beschluss 286/2020)
- Sichere Querungen für Fuß- und Radverkehr an unübersichtlichen Stellen und bekannten Unfallhäufungsstellen (SVV-Beschluss 075/2018 zum Verkehrsentwicklungsplan 2018, Pressemappe der Stadt Brandenburg an der Havel zum Jahresrückblick 2019 / Ausblick 2020)
- Mehr Geld für die Ertüchtigung von Rad- und Fußgängerinfrastrukturen im kommunalen Haushalt 2021 und für die Folgejahre

Geografische Verteilung der Unterschriften

100%	95%	87%	3%
kommen aus Deutschland	kommen aus Brandenburg	kommen aus Brandenburg an der Havel	kommen aus Amt Beetzsee



1.355 Unterstützende insgesamt

1.177 Unterstützende aus der Stadt Brandenburg Havel

540 Kommentare

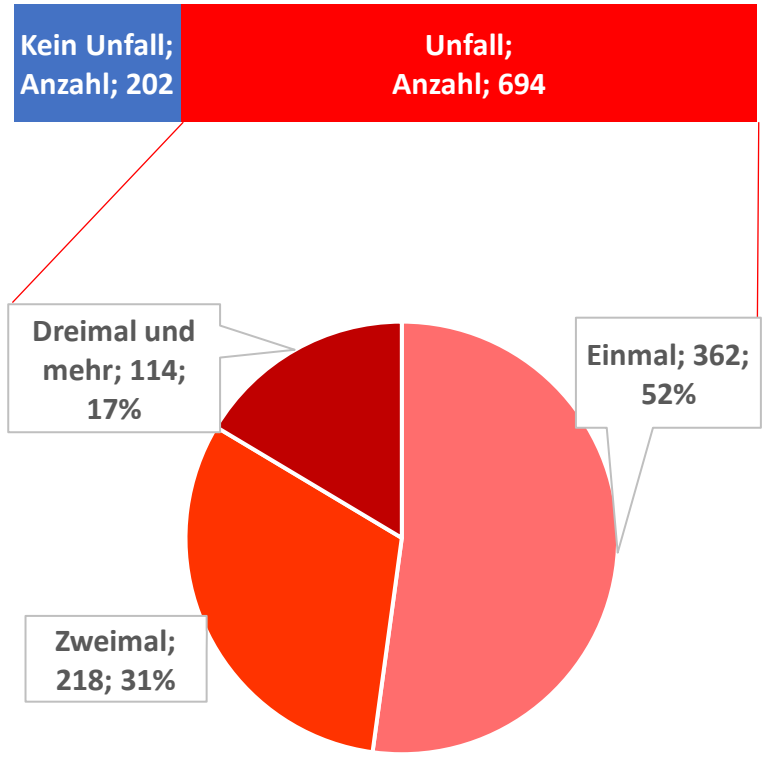
3 Stellungnahmen Fraktionen / SVV

Kommentare der Unterstützenden (Auswahl)

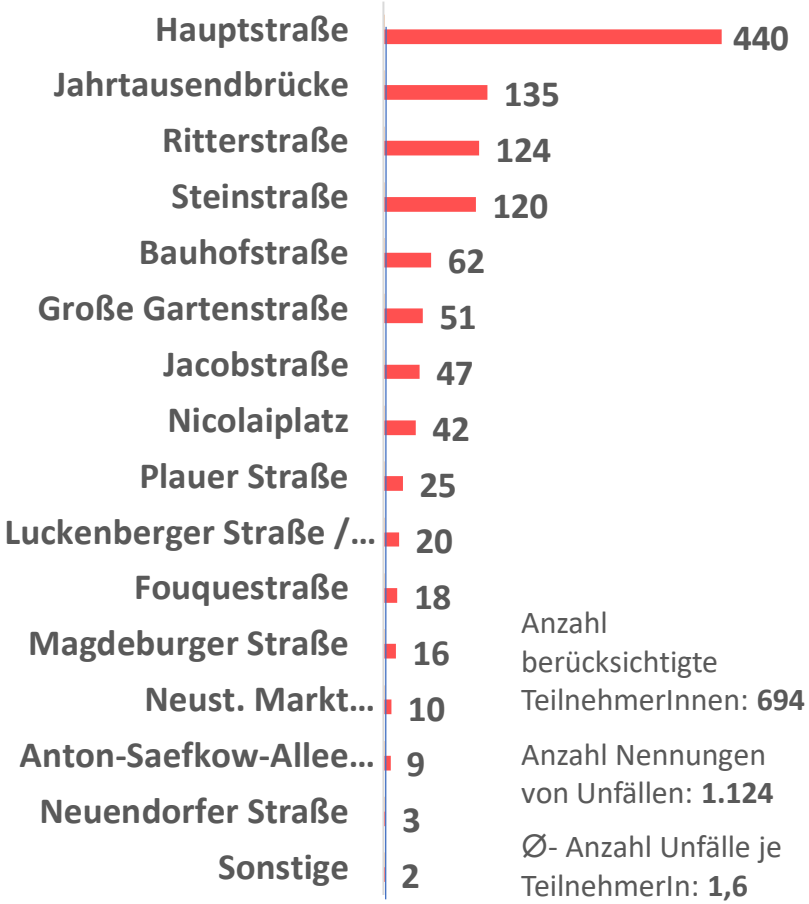
- Radfahren wird als „Kampfsportart“ gesehen (Zeile 1213); Radfahren sei in der Stadt „abenteuerlich“ (Zeile 560; 722), Habe Angst um meine Kinder (z.B. Zeile 486), Schutz unserer Kinder (Zeile 344)
- Die Angst vor Stürzen ist auf Grund schlechter Strassenverhältnisse stets präsent. (Zeile 560; auch 722)
- Ich bin selbst fast 100 Prozent Radfahrer im Alltag in Brandenburg, mein[e] Frau und die Kinder auch. In Brandenburg fehlt planungsseitig die Sicht der Radfahrer als Verkehrsteilnehmer leider fast vollständig. (Zeile 158)
- Da ich nun auch auf das Radfahren umgestiegen bin, habe ich mich tatsächlich dazu entschlossen auch in die Stadt mit dem Rad zu fahren, zweimal habe ich es geschafft mich aber dazu entschlossen in die Stadt nur noch mit dem Auto zu fahren, die Wege sind sowas von gefährlich in der Stadt, ich war danach fix und fertig (Zeile 389)
- Ich fahre 99% mit dem Auto. Wenn ich dann mal Fahrrad fahre weiß ich warum; Fahrradfahrer werden grundsätzlich benachteiligt, ja förmlich schikaniert wenn es um Baustellen geht. Das darf mit dem Verkehrsmittel der Zukunft nicht sein (Zeile 1212)
- Aus Rücksicht auf die Fußgänger versuche ich auf der Hauptstraße / Ritterstraße mit dem Rad zu fahren, musste jedoch selbst schon zweimal die Erfahrung mit dem unliebsamen Pflaster/ der Straßenbahnschienen machen. Aktuell bin ich am 06.12.20 auf dem Pflaster und der Straßenbahnschienen Ritterstr. auf Höhe Bäckerstr. weggerutscht und gestürzt (Zeile 596)
- Wir haben als Radfahrer bereits 3 schwere Fahrradstürze erlitten. 2x in den Schienen in Kopfsteinpflaster und 1x an der hohen Bordsteinkante an der Straßenbahnhaltestelle, wo zwischen Schienen und hohem Bordstein kaum Platz für die Pedale bleibt (Zeile 935)
- Die Umgehungsstraße soll den Fahrzeugverkehr aufnehmen, Durchgangsverkehr hat in der Alt/Neustadt/Innenstadt/Dom nichts zu suchen (Zeile 258)

In der Online-Umfrage im 4. Quartal 2020 haben 896 Personen Angaben zu Radfahrunfällen mit Straßenbahnschienen gemacht. Unfälle sind KEIN Randthema!

Häufigkeit von Radfahrunfällen mit Straßenbahnschienen in den letzten fünf Jahren [1)]



Straßenseitige Verortung der Radfahrunfälle mit Straßenbahnschienen [2)]



Anzahl berücksichtigte TeilnehmerInnen: **694**

Anzahl Nennungen von Unfällen: **1.124**

Ø- Anzahl Unfälle je TeilnehmerIn: **1,6**

Vergleich Datenquellen: Polizeiliche Angaben versus Online-Umfrage

Anzahl polizeilich erfasster Radfahrunfälle auf der **Ritterstraße und Hauptstraße** in 2018 – 2020: [3)]

6

Online-Umfrage: [4)] Anzahl Radfahrunfälle mit StrB-Schienen auf der **Ritterstraße und Hauptstraße inkl. Jahrtausendbrücke** der letzten 5 Jahre

699

Online-Umfrage: [2) 5)] Anzahl Radfahrunfälle mit StrB-Schienen auf **allen** genannten Straßen der letzten 5 Jahre

1.124

Anmerkungen: 1) Anzahl und Anteil der TeilnehmerInnen. Nicht berücksichtigt wurden 14 TeilnehmerInnen ohne Angaben zur Häufigkeit von Unfällen sowie 5 TeilnehmerInnen mit Unfallmeldungen im Stadtteil Kirchmöser. Wird die Anzahl der angegebenen Straßen zur Berechnung verwendet, so erhöht sich der Anteil von TeilnehmerInnen, die zweimal und mehr gestürzt sind von 47 % auf 52%. 2) Anzahl der TeilnehmerInnen mit Nennungen von Radfahrunfällen mit Straßenbahnschienen und Verortung (Straßen). 3) Angaben aus dem Schreiben der Stadtverwaltung vom 23.10.2020; 4) StrB = Straßenbahn. Die unterschiedlichen Zeiträume erklären nicht den Unterschied in den Angaben. Bei Radfahrunfällen ohne Fremdeinwirkung wird in der Regel keine Polizei geholt. 5)) StrB = Straßenbahn.

Es gibt viele Beschlüsse, die weder im (intransparenten) Entwurf für den städtischen Haushalt 2021 enthalten noch für eine Umsetzung in 2021 geplant sind. Die investiven Mittel für den Fuß- und Radverkehr sind sehr gering

Beschluss-Nr.	Betreff	Anmerkungen	Berücksichtigung im städt. HH 2021	Ansatz 2021 (in Tsd. €)	Ansatz 2021 – 2024 (in Tsd. €)
075/2018 (VEP)	Maßnahmen Schul- und Spielwegsicherung	Nicht erkennbar, welche Maßnahmen gemeint sind	Pos. 66.I.0009	Invest: 45 Zuschuss: 26,2 **Eigenmittel: 18,8**	Invest: 104,8 Zuschuss: 180 **Eigenmittel: 75,2**
075/2018 (VEP) 076/2018 (NVP)	Barrierefreier Ausbau v. Bushaltestellen	Haltestellen der Buslinie E !	Pos. 66.I.0032	Invest: 100 Zuschuss: 67,5 **Eigenmittel: 32,5**	Invest: 400 Zuschuss: 270 **Eigenmittel: 130**
075/2018 (VEP)	Radabstellanlagen	Nur in Verbindung mit Pos. 66.I.0032 vorgesehen	Pos. 66.I.0034	Invest: 40 Zuschuss: 20 **Eigenmittel: 20**	Invest: 160 Zuschuss: 80 **Eigenmittel: 80**
208/2020 075/2018 (VEP)	Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Gerostraße“	Invest-Mittel (inkl. Planung) ab 2023	Pos. 66.I.0043	Invest: 0 Zuschuss: 0 **Eigenmittel: 0**	Invest: 1.270 Zuschuss: 877,5 **Eigenmittel: 392,5**
240/2019	Verkehrsberuhigung historische Innenstadt	Expliziter Ausweis 2021-2024	Pos. 66.I.0042	Invest: 50 Zuschuss: 0 **Eigenmittel: 50**	Invest: 690 Zuschuss: 375 **Eigenmittel: 315**
075/2018 (VEP) Pressemappe 2019/2020	Sichere Querungen für Fuß- und Radverkehr an unübersichtlichen Stellen und bekannten Unfallhäufungsstellen (UHS)	Die UHS sind nicht behoben; Unklar, ob dies in HH-Positionen berücksichtigt ist	Pos. 66.I.0008 (Ersatzneubau Planebrücke) ?	?	?
286/2020	Gefahrenstellen für Radfahrer*innen bei der Querung von Schienen im Stadtgebiet entschärfen bzw. beseitigen	Konzeption muss lt. Beschluss bis zum 01.03. vorliegen – keine Umsetzung geplant!	NEIN	0	0
216/2009 075/2018 (VEP)	Radrouten durch die Innenstadt auf holperfreien Radschutzstreifen	Keine Umsetzung geplant!	NEIN	0	0
109/2020	Elektromobilitätskonzept	Nicht erkennbar, ob Umsetzung geplant ist	NEIN	0	0

Quelle: Ratsinfosystem der Stadt Brandenburg (https://www.stadt-brandenburg.de/rathaus/stadtverordnete/textrecherche/)

Petition – Was wir nun wissen

Zusammenfassung

- Große Resonanz für die Petition in nur vier Wochen trotz Corona-Bedingungen: keine Veranstaltungen etc.
- Kommentare haben gezeigt: Fuß- und Radverkehr ist kein Randthema, sondern zentral für die Entwicklung und Wohlergehen der Stadt. Verwaltung und Politik sollen entsprechend handeln. Den Unterstützern der Petition scheint es so, als ob für die Verantwortlichen der Stadtverwaltung gedanklich immer noch kein "richtiger" Verkehr und nur nachrangig ist!
- Umfrage zu Schienenunfällen und Kommentare der Unterstützer*innen machen deutlich, dass großer Handlungsdruck besteht, und alle Bevölkerungsgruppen betroffen sind, von Kindern bis zu Senioren, ebenso Einheimische, Pendler und Touristen gleichermaßen
- Trotz vielfacher Beschlüsse und Kenntnisse der aktuellen Situation und obwohl die Leitungsebene der Stadt selbst auch das Fahrrad häufig nutzt, hat die Stadtverwaltung bisher weder für das laufende Haushaltsjahr 2021 noch im Finanzplan bis 2024 entsprechende Mittel eingestellt. Die Sicherheit für Radfahrer wird anscheinend nicht für nicht ganz so wichtig erachtet.
- Erste positive Signale aus der Politik sind erkennbar, z.B.
    - aus den öffentlichen Stellungnahmen von Stadtverordneten und Fraktionen der SVV
    - dem Änderungsantrag zum vorgelegten Haushalt 2021 von B90 / Die Grünen, Die Linken und SPD, mehr finanzielle Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit des Radverkehrs bereit zu stellen und das Projekt Ritterstraße als Piloten für andere Straßen umsetzen

Forderungen – Stand 20.01.2021

Allgemeine Forderungen an Stadtverwaltung und Politik

- Stadtverwaltung und Politik müssen **weg vom autozentrierten Denken und Handeln**. Der Fokus ist zukünftig mehr und mehr auf den bisher vernachlässigten Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr, ÖPNV), zu setzen. Ausgewogenheit beim Verkehr muss erreicht werden.
- **Aus Reden und Beschlüsse müssen Taten folgen**: Beschlossene Maßnahmen sind nicht auf die lange Bank zu schieben sondern schrittweise und transparent umzusetzen. Kreativität ist erforderlich. Nicht die Argumente, warum es NICHT geht sind entscheidend, sondern Argumente WIE ETWAS GEHT.
- Vorlage eines konkreten Zeitplans für die Jahre 2021 - 2024, wann die **Umsetzung der einzelnen Radrouten im Radverkehrsplan** stattfinden soll. Der Radverkehrsplan ist zudem **fortzuschreiben**, u.a. durch den Einbezug aktueller Beschlüsse und einer **Radroute Göttin - Brandenburg Hbf** mit südlicher Anbindung an Hbf als Nebenradroute. Verwaltung und Stadtverordneten werden aufgefordert, entsprechende Haushaltsmittel einzustellen bzw. einstellen zu lassen.
- Das **Verkehrsforum** ist als dauerhafte Einrichtung für alle Verkehrsfragen zu nutzen. Die letzte Sitzung fand im Juni 2020 statt. Die Empfehlungen wurden dem ASUV nicht schriftlich vorgelegt. Trotz Zusicherung der Bedeutung durch Herrn Oberbürgermeister Scheller und die Fraktionen hat das Verkehrsforum seine Rolle nicht gefunden.
- **Radabstellanlagen** nicht nur für die Buslinie E und nicht nur unter der ausschließlichen Bedingung von Fördergeldern und an ÖPNV-Haltestellen aufstellen, sondern auch auf Straßen mit höherer Gewerbetätigkeit (z.B. Bäckerstraße). Konversion von KFZ-Stellplätzen für Radabstellanlagen prüfen. Konkreten Zeit- und Aufstellplan zur Errichtung von Radabstellanlagen öffentlich machen.

Allgemeine Forderungen an Stadtverwaltung und Politik bzgl. Information, Kommunikation und Beteiligung

- **Für alle Bürger*innen deutlich mehr Transparenz zu schaffen**, u.a. was die Verständlichkeit der Unterlagen betrifft als auch welche Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltverbundes zu welchem Zeitpunkt z.B. bis 2024 geplant sind und umgesetzt werden sollen. Visuell verständliche Unterlagen sind auf der städtischen Homepage einzustellen.
- **Eine frühzeitige Kommunikation von Straßenplanungen an die Öffentlichkeit** garantieren. ADFC & VCD in die Planungsrunden mit einbeziehen, auch bei Planungen von LS. Verschiedene Sichtweisen sind frühzeitig einzubringen und Kompromisse zu suchen, um auch den Prozess zu beschleunigen.
- Bei **Planungen des Landesbetriebs Straßenwesen (LS) mehr auf die Aspekte des Rad- und Fußverkehrs Einfluss** zu nehmen. Diese Investitionen werden von der Kommune bezahlt und ausschließlich von Bürger*innen der Stadt genutzt (und nicht von den Planern des LS).
- Auf eine **intensivere und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen und NGOs** (z.B. VCD, ADFC, Vereine, Bürgerinitiativen) bei Verkehrsplanungen zu achten, auch außerhalb der formalen Verfahrenskette. Die Bürger*innen und nicht die Planer*innen nutzen die Verkehrsanlagen nach der Erstellung in ihrem Alltagsverkehr. Sie sind die eigentlichen "Expert*innen". Dieses Wissen ist stärker einzubeziehen, um attraktivere Verkehrsbedingungen zu erhalten.

Die Verantwortung für die Umsetzung liegt bei der Stadtverwaltung. Die Politik muss diese Punkte offensiver einfordern.

Allgemeine Forderungen an die Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung hat u.a. …

- **ausreichend Ressourcen (Finanz- und Personalmittel)** für die Instandhaltung (Wartung) und Instandsetzung inkl. Planung vorzuhalten und diese im Haushalt zu verankern. Dabei ist die neue Förderrichtline KStB Bbg 2020 zu nutzen.
- in **2021 zu beginnen, sichere und komfortable Angebotsstreifen für Radfahrer** aus geschnittenem Pflaster auf bestehenden Straßen in der historischen Altstadt (u.a. Ritterstraße, Plauer Straße und Hauptstraße) einzuplanen und zu erstellen.
- grundsätzlich **auf die Durchgängigkeit und Qualität beim Verkehrswegebau** zu achten und kein „Stückwerk“ abzuliefern (siehe u.a. Wollenweberstraße, Hauptstraße, Steinstraße). Bei der Umsetzung des Radweges Grillendamm Nord sollen die Übergänge nicht angepasst werden. Nicht der Umfang von Förderprojekten sondern die Qualität für die Nutzung der Gesamtstrecke ist entscheidend!

Allgemeine Forderungen an die Stadtverordneten

ALLE Stadtverordneten haben u.a. …

- **verstärkter auf die Einhaltung ihrer eigenen Beschlüsse zu achten**. So sind Beschlüsse aus 2009 nicht umgesetzt. Sie müssen der Verwaltung stärker auf die Finger schauen, Rechenschaftsberichte einfordern und eine Anpassung der Prioritäten gemäß ihrer Beschlüsse gegenüber der Stadtverwaltung durchsetzen.
- sicherzustellen, dass im **Haushalt 2021 und in der Finanzplanung 2022-24 ausreichend hohe Finanz- und Personalmittel für den Fußgänger- und Radverkehr** (Planung und Umsetzung) eingestellt werden.
- darauf hinzuwirken, dass **Verkehrsvorhaben so verständlich dargestellt werden**, dass die interessierte Öffentlichkeit (Allgemeinheit) diese verstehen und nachvollziehen kann. Bauzeichnungen sind hierfür absolut ungeeignet (*siehe auch unter Allgemeine Forderungen an Stadtverwaltung und Politik bzgl. Information, Kommunikation und Beteiligung*).

Schwerpunkt-forderungen für 2021

- **Beginn der Umsetzung *Projekt Ritterstraße*:** Angebotsstreifen geschliffenes Pflaster, Entschärfung der Unfallursachen von Radverkehrsunfällen im Schienenbereich, Radabstellanalage an Haltestelle, barrierefreier Umbau der Straßenbahnhaltestelle, Wartehäuschen mit Wetterschutz und Sitzgelegenheiten, behindertengerechte Querungen.
- **Verkehrsberuhigung historische Innenstadt (Neustadt, Altstadt, Dominsel):** Konzeptionsphase abschließen, Diskussion mit Bürger*innen und Gewerbetreibenden (digital und analog) führen.
- **Pilotvorhaben Verkehrsberuhigung Altstadt**: Umsetzen einer der von der Stadt im Juni 2020 vorgelegten Varianten zur Verkehrsberuhigung im Rahmen eines Pilotvorhabens (max. 1 Jahr), inklusive Messung und Auswertung der verkehrlichen Wirkungen und Anwohnerbefragung.
- **Umsetzung des Beschlusses 286/2020** mit Umsetzungsplanung für einen Umbau der Hauptstraße für ein sicheres und holperfreies Fahrradfahren. Die Straßenbahn soll erhalten bleiben. Laut Beschluss ist der Bericht zum 01.03.2021 zu erstellen. Verzögerungen sind nicht hinnehmbar.
- Umsetzen geplanter und im Januar 2020 vorgelegter Maßnahmen zur **Beseitigung der Unfallhäufungsstellen** für Radfahrer und Fußgänger durch die Verkehrsbehörde im 1. Q. 2021.
- Umsetzen des **Neubaus Rad-/ Gehweg Grillendamm Nordseite** unter Einbezug von Fördermitteln aus KStB Bbg 2020. Dabei ist zwingend eine sichere und komfortable Anschlussfähigkeit an der Homeyenbrücke bzw. Krakauer Straße herzustellen.
- **Herstellung einer sicheren Querung Mühlendamm am Mühlentorturm** für Fuß und Rad.
- Bei der Durchführung des **Ersatzneubaus der Planebrücke** auch beidseitig angemessen breite Radwege *Eigene Scholle – Stadtmitte* umzusetzen
- Transparente Umsetzung von Maßnahmen der Schul- und Spielwegsicherung, u.a. Anbringen eines **Bürgersteiges am Hort am Marienberg** auf der Sprengelstraße.
- **Radweg statt Parkstreifen** auf der Luckenberger Straße Westseite (in Richtung Havel).

Beispiel Altstadt

Ist-Situation Verkehr Altstadt (Auszug)

① Unfallhäufungsstelle
② ÖPNV-Haltestelle – nicht barrierefrei und ohne Wetterschutz
③ Fehlende Radabstellanlagen, Abstellen Räder an Fassaden
④ > 120 Unfälle durch Verkanten der Räder in StrB-Schienen

⑤ Hohes Verkehrsaufkommen (8.000 Kfz / 24 h), Lärmbelästigung
⑥ Fehlende Angebotsstreifen: Ausweichen der Radfahrer auf Bürgersteigen mit Konflikten
⑦ Fehlende / Unzureichende Fußgängerquerungen

Karte: Programm *Altstadtleben Brandenburg Havel 2028* unter Verwendung icograms.com

Zielsituation Verkehr Altstadt (Auszug)

① Unfallhäufungsstelle markiert
② Barrierefreie Haltestelle mit Wetterschutz und Sitzbänken
③ (Überdachte) Radabstellanlagen
④ Einsatz von VeloSchienen für ein unfallfreies Radfahren

①

②

③

④

⑤ Unterbindung Durchgangsverkehr (≤ 1.800 Kfz/24h)
⑥ Angebotsstreifen für Radfahrer aus geschnittenem Pflaster
⑦ Fußgängerquerungen aus geschnittenem Pflaster

⑤

⑥

⑦

Karte: Programm *Altstadtleben Brandenburg Havel 2028* unter Verwendung icograms.com